

BürgerInnenräte in Baden-Württemberg

**Evaluation für das Ministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in
Baden-Württemberg**

Prof. Dr. Andrea Helmer-Denzel/Prof. Dr. Ursula Weber

01.12.2013

Inhalt

1. Einleitung und Zielsetzung	2
2. Methodik der Evaluation	3
3. Schriftliche Befragung der TeilnehmerInnen am BürgerInnenrat	4
3.1 <i>Teilnehmerbefragung während des Prozesses</i>	5
3.2 <i>Zwischenfazit I</i>	8
3.3 <i>Teilnehmerbefragung nach dem Prozess</i>	8
3.4 <i>Zwischenfazit II</i>	10
4. Auswertung der Gruppeninterviews mit den Resonanzgruppen	11
5. Gesamtauswertung	16
5.1 <i>Erfüllte Erwartungen von TeilnehmerInnen und InitiatorInnen</i>	16
5.2 <i>Umsetzungshindernisse auf dem Weg von der Idee zur Implementierung</i>	17
5.3 <i>Neue Herausforderungen für die Kommunalverwaltung</i>	18
6. Fazit	19
7. Literatur	20
8. Anlagen	21
Anlage 1: <i>Befragung TeilnehmerInnen am BürgerInnenrat</i>	21
Anlage 2: <i>Befragung Resonanzteam</i>	23

1. Einleitung und Zielsetzung

Während in manchen theoretischen Debatten von „Postdemokratie“ die Rede ist, in der Bürgerinnen und Bürger weitgehend von demokratischen Entscheidungen ausgeschlossen bleiben und die Politikverdrossenheit der Bevölkerung durch ihr mangelndes Engagement in Großorganisationen und rückläufiger Wahlbeteiligung empirisch nachgewiesen wird, sprechen andere AutorInnen von der Entwicklung einer multiplen Demokratie (vgl. Nolte 2011), in der es mannigfache Möglichkeiten zur demokratischen Teilhabe gibt und in der sich ein Wandel der Partizipationsformen abzeichnet (für einen Überblick vgl. Roß 2012: 104ff.).

Für die Gestaltung von lokalen und regionalen politischen Prozessen scheint sich bei den BürgerInnen ein zunehmendes Interesse zu entwickeln. In Baden-Württemberg setzt die Landesregierung auf den Dialog mit der Bürgerschaft (vgl. Regierungserklärung vom 25.11.2013). Auf der politischen Handlungsebene werden neue Beteiligungsverfahren mit der Möglichkeit zur direkten Teilhabe in der eigenen Kommune angeboten, wie etwa Bürgergutachten, Bürgerhaushalte und BürgerInnenräte.

Das Beteiligungsinstrument der „BürgerInnenräte“, das in der vorliegenden Studie evaluiert wird, wurde von Jim Rough unter dem Begriff des „Wisdom Council“ in den USA entwickelt und ist in Nordamerika und in Österreich bereits etabliert. In Deutschland wird dieses Instrument der Bürgerbeteiligung derzeit als Pilotprojekt in Baden-Württemberg eingeführt.

In der Praxis werden für einen **BürgerInnenrat** 12 – 15 zufällig ausgewählte TeilnehmerInnen einer Kommune beteiligt. In einem moderierten Gespräch, das nach der Methode der „Dynamic Facilitation“ geführt wird und das sich insgesamt über zwei Tage erstreckt, erarbeiten die TeilnehmerInnen ein Statement zu einer selbst gewählten Problemlage der Kommune. Dieses Statement wird zeitnah in einem sogenannten „**Bürgercafe**“ - einer Anschlussveranstaltung - der interessierten Öffentlichkeit und den lokalen Politikverantwortlichen vorgestellt, dort diskutiert und in Kleingruppen ggf. um weitere Aspekte ergänzt.

Der dritte Schritt in der Durchführung eines BürgerInnenrates, der spezifisch in das zu evaluierende Pilotprojekt implementiert wurde, stellt die **Resonanzgruppe** dar. Hier besprechen VertreterInnen der Kommunalpolitik und MitarbeiterInnen aus der Kommunalverwaltung zusammen mit TeilnehmerInnen des BürgerInnenrates, welche Ideen in welcher Weise weiter verfolgt werden können und sollen.

Aus den Mitteln der Baden-Württemberg Stiftung werden in den Jahren 2012/2013 bis zu zehn BürgerInnenräte, in verschiedenen Kommunen des Landes, mit je Euro 3.000 gefördert. Die hier vorliegende Evaluation des Pilotprojektes begleitet ausgewählte Kommunen in verschiedenen zeitlichen Stadien der Durchführung eines BürgerInnenrates. Die Evaluation wird im Zeitraum zwischen April und Dezember 2013 durchgeführt und hat die Zielsetzung, den Erfolg des Pilotprojektes

„BürgerInnenrat“ zu überprüfen. Als erfolgreich soll das Instrument bezeichnet werden:

- wenn neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gemeinderat und BürgerInnen erprobt werden;
- wenn Ideen der BürgerInnen aufgegriffen und implementiert werden;
- wenn die Ideen aus dem BürgerInnenrat in der Kommune weiter diskutiert werden und Vorschläge in die gewählten Gremien eingespeist werden;
- wenn Teilnehmende an einem BürgerInnenrat, die politischen Beteiligungsmöglichkeiten für ein Engagement in ihrer Kommune positiv bewerten (z. B. man kann was bewegen);
- wenn es gelingt, die Erwartungen der beantragenden Kommunen zu erfüllen (z. B. ein weiteres Instrument, um bürgerschaftliches Engagement zu initiieren, neue Ideen aus der Bürgerschaft zu generieren);
- wenn die Beantragung und Durchführung des Instrumentes komplikationslos möglich ist.

2. Methodik der Evaluation

In vier Kommunen werden die BürgerInnenräte untersucht und auf dieser Folie erfolgt die Auswertung und die Bewertung. Die empirische Untersuchung der BürgerInnenräte wird mit Hilfe einer Methodentriangulation und in unterschiedlichen Zeitabschnitten vorgenommen. Es erfolgen **schriftliche Befragungen** von TeilnehmerInnen an BürgerInnenräten. In drei Kommunen werden TeilnehmerInnen eines BürgerInnenrates **unmittelbar nach der Durchführung** des zweitägigen Workshops schriftlich befragt, um die unverfälschten Reaktionen direkt nach dem Erleben eines BürgerInnenrates „einfangen“ zu können.

Um die Implementierung der Ideen, die im BürgerInnenrat entstehen, im Zeitverlauf verfolgen zu können, werden ergänzend TeilnehmerInnen eines BürgerInnenrates **ca. ein Jahr nach der Durchführung** eines BürgerInnenrates **schriftlich befragt**.

Die Methode der **teilnehmenden Beobachtung** wird eingesetzt, um den **Entstehungsprozess einer Resonanzgruppe** nachzeichnen zu können. Ergänzt werden diese Erhebungsvarianten durch **Gruppeninterviews**, die mit Mitgliedern **zweier bereits bestehender Resonanzgruppen** in unterschiedlichen Kommunen durchgeführt werden. Außerdem fließen die Ergebnisse der dokumentierten Moderationsprozesse in die Auswertung mit ein.

3. Schriftliche Befragung der TeilnehmerInnen am BürgerInnenrat

Die TeilnehmerInnenbefragung wird anhand einer schriftlichen Befragung durchgeführt. Der Fragebogen enthält überwiegend offene Fragen, um den Teilnehmenden am BürgerInnenrat die Möglichkeit zu geben, ihre Eindrücke, Wünsche und Bedenken individuell zu äußern. Der Fragebogen besteht aus zehn Fragen, die sich u. a. auf den Grund der Teilnahme am BürgerInnenrat und die Teilnehmererwartungen beziehen. Es wird des Weiteren abgefragt, ob sich die Teilnehmenden ggf. wiederholt an einem BürgerInnenrat beteiligen würden, ob Arbeit und Aufwand genügend wertgeschätzt wurden und ob man die eigene Kommune nun besser kennt und Beteiligungsmöglichkeiten positiv bewertet werden. Ergänzend werden Angaben zum Alter und Geschlecht der Teilnehmenden erhoben.

Die Fragebogen werden in drei Kommunen (Waldenbuch, Wolfschlugen, Geislingen) **während des Prozesses** eingesetzt. In der Kommune, die den BürgerInnenrat für die Entwicklung eines Stadtmarketingprojektes von den ursprünglich geplanten 12 - 15 TeilnehmerInnen auf 51 TeilnehmerInnen ausweitete, wird ebenfalls nach der Moderation eine Befragung aller anwesenden BürgerInnenräte durchgeführt. Insgesamt liegen aus drei Kommunen 76 ausgefüllte Fragebogen dieses Befragungstyps vor. Der sehr gute Rücklauf der Fragebogen von 95 % ergibt sich daraus, dass die ModeratorInnen der BürgerInnenräte, die Fragebogen direkt nach einer durchgeführten Veranstaltung des BürgerInnenrates an die Teilnehmenden ausgaben und auch wieder einsammelten.

In zwei Kommunen (Weissach; Geislingen) werden Teilnehmende an einem BürgerInnenrat **ein Jahr nach Ihrer Teilnahme** befragt. Der Fragebogen für diese TeilnehmerInnen wurde um zwei Fragen erweitert, nämlich zum einen um die Frage, ob die Teilnahme am BürgerInnenrat (weiteres) bürgerschaftliches Engagement ausgelöst hat und zum anderen, ob die BürgerInnen den Eindruck haben, dass die von Ihnen erarbeiteten Vorschläge in der Kommune diskutiert bzw. implementiert wurden. Insgesamt liegen hier aus zwei Kommunen zehn ausgefüllte Fragebögen vor. Davon ausgehend, dass an beiden BürgerInnenräten insgesamt 29 Personen beteiligt waren, ergibt sich bei einem Rücklauf von zehn Fragebogen eine Rücklaufquote von 34 Prozent, was hier als ausreichend betrachtet werden kann.

Die Auswertung der weitgehend offenen Fragen (Fragebogen siehe Anhang 1) ergibt folgende Ergebnisse:

3.1 Teilnehmerbefragung während des Prozesses

Kommune	Zahl der TeilnehmerInnen/ Ausgefüllte Fragebögen	Geschlechter- zusammen- setzung (ausgefüllten Fragebögen)	Thema des BürgerInnenrates (alle 2013 durchgeführt)
Geislingen (26.800 E)	13 Teilnehmende/ 11 Fragebogen zurück	7 Frauen 4 Männer	Was brauchen Sie, damit Sie sich weiterhin in Geislingen wohl fühlen?
<i>Teilnehmerzusammensetzung in Geislingen:</i> keine TeilnehmerInnen unter 20 Jahren; zwischen 20 und 40 Jahren: eine Frau, kein Mann; über 40 und unter 60 Jahren: drei Frauen und zwei Männer; über 60 Jahre: drei Männer und zwei Frauen			
Wolfschlugen (6.300 E):	15 Teilnehmende, 15 Fragebögen ausgefüllt zurück	9 Frauen 6 Männer	Wie lebt es sich in Wolfschlugen im Jahr 2030?
<i>Teilnehmerzusammensetzung in Wolfschlugen:</i> kein/e TeilnehmerInnen unter 20 Jahre; zwischen 20 und 40 Jahren: zwei Männer; keine Frauen; über 40 und unter 60 Jahren: fünf Frauen, aber keine Männer; über 60 Jahre: vier Frauen und vier Männer			
Waldenbuch (8.500 E)	51 Teilnehmende 50 Fragebogen ausgefüllt zurück	22 Frauen 27 Männer 1 x keine Angabe	Stadtmarketingkonzeption in Waldenbuch.
<i>Teilnehmerzusammensetzung in Waldenbuch:</i> eine Teilnehmerin unter 20 Jahren, kein Mann unter 20 Jahren; zwischen 20 und 40 Jahren: zwei Männer und zwei Frauen; über 40 Jahre und unter 60 Jahren: 13 Frauen und 14 Männer; über 60 Jahre: 11 Männer, 6 Frauen. In einem Fragebogen wurde die Frage nach Alter und Geschlecht nicht beantwortet.			

Von den 75 TeilnehmerInnen der untersuchten BürgerInnenräte, die den vorgelegten Fragebogen vollständig (bezogen auf Geschlecht und Alter) ausgefüllt haben, sind 38 (51 %) Frauen und 37 (49 %) Männer. Die Altersgruppe der unter 20-Jährigen bildet sich in der gesamten Befragung nur mit einer Person ab, die Altersgruppe zwischen 20 und unter 40 Jahren ist mit sieben Personen (9 %) schwach vertreten. Hauptsächlich die Altersgruppen der über 40-Jährigen beteiligen sich am BürgerInnenrat. 36 (49 %) Befragte finden sich in der Altersgruppe über 40 und unter 60 Jahren. Die 30 TeilnehmerInnen, die über 60 Jahre alt sind, bilden mit 41 % die zweitstärkste Gruppe im Beteiligungsprozess.

Auf den ersten Blick mag es scheinen, als ob sich hier überwiegend sogenannte „klassische Ehrenamtliche“ in die BürgerInnenräte einbringen, die mit ehrenamtlichen Tätigkeiten vertraut sind und deshalb einem Angebot zur Bürgerbeteiligung in Form eines BürgerInnenrates folgen. Dem ist nicht so: 47 % der Befragten waren vor der Teilnahme an einem BürgerInnenrat noch nie ehrenamtlich aktiv. Die 53 % der

Befragten, die bereits ehrenamtlich sind oder waren, bilden in ihren Tätigkeiten das ganze Spektrum bürgerschaftlichen Engagements ab und sind in unterschiedlicher Intensität involviert. Der freiwillige wöchentliche Einsatz variiert von ein bis zehn Stunden.

Die BürgerInnen, die sich für die Teilnahme an einem BürgerInnenrat bereit erklären, nennen verschiedene **Gründe für ihre Teilnahmebereitschaft**. Die TeilnehmerInnen äußern eine **hohe Motivation**, ihre Ideen in den BürgerInnenrat einzubringen und haben „*Interesse an der Stadt*“ (Wa5+43). Die Möglichkeit zur Gestaltung, ist ein weiterer häufig genannter Grund, den die TeilnehmerInnen notieren: Die „*Möglichkeit sich einzubringen, sich zu beteiligen*“ (Wa36) sowie „*gestalterisch mitwirken – Ideen anstoßen*“ (Wa49) und „*um die Entwicklung der Stadt nach vorne zu bringen*“ (Wa6) werden oft als Gründe für das Engagement im BürgerInnenrat genannt. Ein Teilnehmer äußert als Grund für die Teilnahme „*weil ich es toll finde, wenn man als Bürger einmal direkt gefragt wird und sich beteiligen kann*“ (Wa42).

Die Erwartungen mit denen die TeilnehmerInnen in den BürgerInnenrat starten, sind sehr unterschiedlich; während einige BürgerInnen mit keinen oder **wenigen Erwartungen in den Prozess** gehen, werden von einem Großteil der TeilnehmerInnen Veränderungswünsche und der Wunsch nach Austausch genannt und beispielhaft folgendermaßen geäußert: „*Gemeinschaft erleben – Verbesserungen anregen*“ (Wo1). Bei der Abfrage, ob die **Erwartungen** an die Durchführung des BürgerInnenrates denn **erfüllt** worden seien, äussert sich die große Mehrheit aller TeilnehmerInnen in allen drei Kommunen mit einem begeistertem „*ja!*“ Das Echo auf die Durchführung des BürgerInnenrates ist in allen drei untersuchten Kommunen enthusiastisch: *Erwartungen eher übererfüllt* (Wa48), *ja, Erwartungen wurden übertroffen* (Wa50), „*ja – bei weitem*“ (Ge5).

In der Gemeinde Waldenbuch, die ein konkretes Vorhaben, nämlich die Erarbeitung eines Stadtmarketingkonzeptes, in den BürgerInnenrat eingebracht hat, werden die Erwartungen der BürgerInnen ebenfalls voll erfüllt, bei einigen Befragten jedoch verbunden mit der Ungewissheit, ob die erarbeiteten Ideen im weiteren Prozess umgesetzt werden. Auf die Frage „*Wurden Ihre Erwartungen an den BürgerInnenrat erfüllt? werden u. a. folgende Antworten erfasst: „Grundsätzlich ja, ich bin gespannt was dann auch umgesetzt wird“* (Wa45); „*die Erwartungen an BürgerInnenrat ja. Wie und ob ich die Vorschläge des Bürgerrates vom Gemeinderat und Bürgermeister übernommen und umgesetzt werden, wird sich zeigen*“ (Wa11) und „*wird sich zeigen – werden die vorgeschlagenen Maßnahmen auch umgesetzt?“* (Wa27); „*das ergibt sich erst im Endgespräch*“ (Wa30); „*bis jetzt ja, jetzt geht es aber um die Umsetzung unserer Ideen*“ (Wa41).

Als besonders **positiv bei der Durchführung** des BürgerInnenrates werden in allen Kommunen übereinstimmend drei Hauptaspekte genannt: Dies sind die offenen, konstruktiven, interessanten und intensiven **Diskussionen**, die während des BürgerInnenrates geführt werden konnten, die sehr gute Zusammenarbeit der

TeilnehmerInnen, die schnell zur **Teambildung** führte und das **Kennenlernen neuer MitbürgerInnen**. Auf die Frage: Was ist Ihnen in Verbindung mit dem BürgerInnenrat positiv in Erinnerung geblieben? lautet (stellvertretend für viele ähnliche Aussagen) die Antwort: „*dass konstruktives und zielstrebiges Zusammenarbeiten von zufällig ausgewählten Bürgern zu solchen Ergebnissen führt.*“ (Wo14).

Weniges ist den TeilnehmerInnen an den drei verschiedenen BürgerInnenräten **negativ in Erinnerung** geblieben. In der Kommune Wolfschlugen wird von keinem der TeilnehmerInnen ein negativer Aspekt genannt, auch in Geislingen wird kein negativer Aspekt angeführt. Einzig in Waldenbuch werden einzelne Stimmen laut, die sich auf den engen zeitlichen Rahmen der Veranstaltung beziehen. Dies mag möglicherweise der hohen TeilnehmerInnenzahl bei der Durchführung dieses BürgerInnenrates geschuldet sein. Auch werden hier wieder zwei Bedenken genannt, die schon bei der Abfrage der Erwartungen (Frage Nr. 3) durchblitzen: „*vielleicht die Bedenken, dass wir für Aktenschranke gearbeitet haben*“ (Wa18); „*im Hinterkopf, ob die Ideen im Gemeinderat ankommen, umgesetzt werden und überhaupt ernst genommen werden*“ (Wa50).

Auf die Abfrage, ob die TeilnehmerInnen sich eine **erneute Teilnahme** an einem BürgerInnenrat vorstellen könnten, antworten 61 Personen (80 %) mit „ja“ und führen auch Begründungen dafür an: „*Ja, weil es möglich ist, in der Gemeinschaft etwas zu bewegen.*“ (G1) oder „*ja, weil es eine Form der Basisdemokratie ist*“ (Wa44). Zwölf Personen (16 %) der Befragten, verknüpfen eine weitere Teilnahme an einem BürgerInnenrat mit einer Umsetzung der bisher erarbeiteten Ideen und vier Prozent der Befragten, beantwortet diese Frage nicht. Die vielfach zum Ausdruck gebrachte Begeisterung der Befragten äußert sich auch in der Antwort auf die Frage, ob die **Arbeit und der Aufwand**, die mit der Beteiligung im BürgerInnenrat verbunden ist, genügend anerkannt und **wertgeschätzt** wurde? Überwiegend fühlen sich die Teilnehmenden genügend anerkannt und wertgeschätzt. Auf die Abschlussfrage, wie die Teilnehmenden ihre Beteiligungsmöglichkeiten einschätzen, gibt es ein positives Echo. Acht Personen (11 %) teilen mit, dass sie durch die Teilnahme am BürgerInnenrat nur teilweise Neues erfahren oder gelernt hätten. 67 Personen (89 %) der Teilnehmenden äußern sich bejahend auf einen erfolgten Lerneffekt durch die Beteiligung. Die Antworten lassen sich drei Kategorien zuordnen. Die **Lernerfahrung** bezieht sich auf

- **neue Angebote in der Kommune:** „*ja, ich habe erfahren, was für Aktivitäten es in der Stadt bereits gibt, von denen ich nichts wusste*“ (Wa43); „*Informationen über bestehende Angebote*“ (Wa13) „*ich habe vieles über die Stadt gelernt, andere Erfahrungen gesammelt und viele Angebote neu kennengelernt*“ (Wa14);
- **einen Perspektivenwechsel:** „*durch Informationsaustausch hat man mehrere Perspektiven gesehen*“ (Wa49); „*ich sehe jetzt auch aus einem anderen Blickwinkel auf andere Stadtteile*“ (Wa25); „*Blickwinkel hat sich erweitert, weil*

Themen angesprochen wurden, über die man sich vorher keine Gedanken gemacht hat“ (Wa23) und

- **auf das Kennenlernen von MitbürgerInnen:** *„ja, ich habe viel dabei gelernt, neue Menschen kennengelernt“ (Wa46); oder „mehr nette Menschen als ich dachte“ (Wa5); „ich habe nette Menschen kennengelernt“ (Wo13).*

3.2 Zwischenfazit I

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich überwiegend MitbürgerInnen im Alter von über 40 Jahren für eine Teilnahme an einem BürgerInnenrat gewinnen lassen. Den sehr gut ausgebildeten ModeratorInnen gelingt es offensichtlich mit der Moderationsmethode „Dynamic Facilitation“ genügend Freiraum für die TeilnehmerInnen zu schaffen, so dass intensive Diskussionen, gute Zusammenarbeit und das Kennenlernen von MitbürgerInnen gewährleistet ist. Die Zielsetzung des Förderkonzeptes, eine Kultur des Dialogs zu fördern und die Offenheit zu stärken, kann im Prozess des BürgerInnenrates durch diese TeilnehmerInnenaussagen als erfüllt gelten.

Die TeilnehmerInnen sind überwiegend begeistert, wenn sie zu den Beteiligungsmöglichkeiten direkt nach der Durchführung eines BürgerInnenrates befragt werden. Sie fühlen sich wertgeschätzt und sind zu 80 Prozent bereit, auch in einem wiederholt veranstalteten BürgerInnenrat ihre Ideen einzubringen. Positiv wird von den TeilnehmerInnen insbesondere hervorgehoben, dass man die eigene Kommune aus einer anderen Perspektive kennengelernt hat, über bestehende Angebote informiert wurde und neue MitbürgerInnen kennengelernt hat. Es besteht allerdings bei den BürgerInnen auch teilweise Unsicherheit darüber, ob die erarbeiteten Ideen im weiteren Verlauf umgesetzt werden.

3.3 Teilnehmerbefragung nach dem Prozess

In der Stadt Geislingen (26.800 EinwohnerInnen) wurden alle 14 BürgerInnen, die im Mai 2012 an einem BürgerInnenrat zum Thema „Bürgerbeteiligung in Geislingen – worauf kommt es an“ teilgenommen hatten, im Juli 2013 schriftlich befragt. Der Rücklauf von sechs Fragebögen berücksichtigt alle beteiligten Altersgruppen. An diesem BürgerInnenrat haben keine Jugendlichen (unter 20 Jahren) teilgenommen, so dass diese Altersgruppe auch bei der Nachbefragung fehlt. Von den sechs ausgefüllten Fragebogen wurden zwei von Männern und vier von Frauen ausgefüllt. Insgesamt waren drei der Befragten über 60 Jahre alt (zwei Frauen und ein Mann) und zwei der Befragten zwischen 40 und 60 Jahre alt (zwei Frauen). Ein Fragebogen wurde von einer männlichen Person zwischen 20 und 40 Jahren ausgefüllt.

In der kleineren Gemeinde Weissach (ca. 7.000 EinwohnerInnen) wurde im Oktober 2012 ein BürgerInnenrat zum Thema: „Wie soll Bürgerbeteiligung in der Gemeinde in Zukunft aussehen?“ durchgeführt. Die Nachbefragung der Teilnehmer erfolgte im Juli 2013. Es wurden alle 15 TeilnehmerInnen befragt. Der Rücklauf besteht hier aus vier ausgefüllten Fragebögen. Dabei wurden zwei von Männern und zwei Fragebögen von Frauen ausgefüllt. Beide Frauen, die sich an der Befragung beteiligten, sind zwischen 20 und 40 Jahre alt; von den Männern hat sich ein Mann im Alter zwischen 20 und 40 Jahren und ein Mann zwischen 40 und 60 Jahren an der Befragung beteiligt. Die Altersgruppe der unter 20-Jährigen und die Altersgruppe der über 60-Jährigen ist hier nicht vertreten.

In der „**Nach-Prozess-Befragung**“ wird der gleiche Fragebogen ausgegeben, der bereits in der Prozessbefragung der TeilnehmerInnen eingesetzt wurde, um ggf. Antwortabweichungen bei einer späteren Befragung zu erfassen.

Außerdem wird der Fragebogen um zwei Fragen erweitert. Die erste Zusatzfrage bezieht sich auf die Aufnahme von bürgerschaftlichem Engagement und lautet: „Hat die **Teilnahme am BürgerInnenrat bei Ihnen (weitere) ehrenamtliche Aktivitäten ausgelöst?**“. Sechs von zehn Befragten waren bereits vor der Durchführung des BürgerInnenrates ehrenamtlich aktiv und dies mit sehr unterschiedlichem Zeitumfang und in unterschiedlichen Bereichen. Ein eindeutiges Ergebnis der Befragung zeigt, dass unabhängig davon, ob die Befragten ehrenamtlich aktiv sind oder nicht, die Teilnahme am **BürgerInnenrat kein (weiteres) Engagement** ausgelöst hat.

Die zweite Zusatzfrage fokussiert die Umsetzung der im BürgerInnenrat erarbeiteten Ideen und lautet: Haben Sie den Eindruck, dass die von Ihnen **erarbeiteten Vorschläge in der Kommune umgesetzt** wurden. Hier fallen die Antworten sehr unterschiedlich aus. In der Kommune Geislingen antworten zwei der Befragten mit „ja“, begründen dies aber nicht weiter. Die weiteren Befragten antworten „kann ich nicht wirklich beurteilen“, „unbekannt“, „nein“ und „nur zum ganz geringen Teil“. In der Kommune Weissach antworten drei der Befragten mit ja und eine Person mit nein. Die Hälfte der Befragten ist der Meinung, dass Vorschläge aus dem BürgerInnenrat umgesetzt wurden, die andere Hälfte der Befragten ist sich nicht sicher oder verneint die Umsetzung der Vorschläge.

Die übrigen zehn Fragen wurden in ähnlicher Form beantwortet wie bei der Teilnehmerbefragung im Prozess. Hier gibt es lediglich einen „Antwortausreißer“. Während in der Teilnahmebefragung am Tag des BürgerInnenrates, die TeilnehmerInnen eine wiederholte Beteiligung an einem BürgerInnenrat in hohem Maße (80 %) bejahen, wird die Frage ein Jahr nach der Durchführung eines BürgerInnenrates von den Befragten differenzierter betrachtet.

In Geislingen würden von den sechs Befragten drei wieder an einem BürgerInnenrat teilnehmen, mit der Begründung: „*die Kommunikation war äußerst gut. Ideen wurden dem Gemeinderat und bei einer Veranstaltung für Ehrenamtliche vorgestellt und z. T. umgesetzt*“ oder „*ja – kommt aber auf das Thema an*“. Drei Befragte lehnen eine

wiederholte Teilnahme ohne Begründung ab. In der Gemeinde Weissach sind drei TeilnehmerInnen grundsätzlich zu einer weiteren Teilnahme bereit, knüpfen dies teilweise aber auch an Bedingungen:

„ja, wenn Thema interessant ist! Wenn ich die Möglichkeit habe was mitzugestalten, dann mache ich das, sofern es mir die Zeit zulässt“; „Ja, vielleicht entsteht ja dieses Mal ein Projekt oder eine Arbeitsgruppe die etwas umsetzen kann/darf?“ oder „ja, aber es braucht mehr Interesse seitens des Gemeinderats und weniger die Verpflichtung sich für Ergebnisse verteidigen zu müssen.“

Ein Teilnehmer lehnt eine weitere Teilnahme mit folgender Begründung ab: *„Unter dem Aspekt, dass ich das Thema "Wie verbessern wir die Bürgerbeteiligung" als abgeschlossen betrachte, würde ich eine weitere Ideensammlung als nicht erforderlich halten und nicht mehr teilnehmen. Für die Entscheidung über gemeindeweite Projekte ist der Gemeinderat zuständig, und auch dafür, Bedürfnisse/Kritikpunkte/Verbesserungsvorschläge bei den Bürgern abzuholen.“*

Einige Monate nach der Befragung ist die Bereitschaft zur Teilnahme also nicht mehr so überschwänglich und es gibt Hinweise auf Hindernisse, die sich auf Implementation der Ideen beziehen.

3.4 Zwischenfazit II

Insgesamt kann für die Nachbefragung der BürgerInnenräte konstatiert werden, dass die Teilnahme an einem BürgerInnenrat kein weiteres oder neues bürgerschaftliches Engagement auslöst, sondern diese Form der Teilhabe als ein eigenes Format betrachtet werden muss. Auch in der Nachbefragung, ein Jahr nach der Teilnahme an einem BürgerInnenrat, äußern die TeilnehmerInnen die Bereitschaft, ein weiteres Mal an einem BürgerInnenrat teilnehmen zu wollen, knüpfen aber teilweise Bedingungen an diese Teilnahme, die sich insbesondere auf die Implementation ihrer Ideen in den Gemeinderat beziehen.

Der zweite Teil der Evaluation verdichtet nun im folgenden Kapitel die Frage, ob es in den Kommunen gelingt, die Ideen aus dem BürgerInnenrat in der Kommune weiter zu diskutieren, ob der Bürgerwillen in die gewählten Gremien eingespeist werden kann, ob die Ideen der BürgerInnen implementiert werden und ob neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Gemeinderat und BürgerInnen erprobt werden. Diese Frage wird mit Hilfe von Gruppeninterviews nachgegangen. Laut Förderkonzept sollen die Ergebnisse des BürgerInnenrates in einer Resonanzgruppe in Form eines Workshops diskutiert werden. Dieser Resonanzgruppe sollen VertreterInnen aus Politik und Verwaltung angehören.

4. Auswertung der Gruppeninterviews mit den Resonanzgruppen

Für die Befragung der Resonanzgruppen wurden zwei unterschiedliche Szenarien gewählt. Einmal die Befragung im Resonanzteam während des Prozesses (in Wolfschlugen) und ein Jahr nach dem Prozess (in Geislingen und Weissach). Die Befragung bzw. die Beobachtung der Resonanzteams erfolgte jeweils vor Ort. An allen drei Standorten haben dazu die Initiatoren des BürgerInnenrats eingeladen. In Weissach folgten der Einladung zum Gespräch sechs TeilnehmerInnen; in Geislingen waren es zwei TeilnehmerInnen und in Wolfschlugen waren es zehn TeilnehmerInnen.

Die InitiatorInnen in den befragten Kommunen verfolgten mit dem BürgerInnenrat unterschiedlich ausgewiesene Ziele. Gemeinsam war jedoch allen, dass sie mit der Methode der Zufallsauswahl von BürgerInnen die Ambition verbanden, neue Interessierte für ein Engagement im Gemeinwesen zu finden. Das Verfahren der Beantragung eines BürgerInnenrates wurde von allen Kommunen als problemlos dargestellt, einschließlich der Organisation der Moderation. Die eigentliche Veranstaltung, der BürgerInnenräte, stieß bei allen befragten TeilnehmerInnen auf Begeisterung. In den nachfolgenden Veranstaltungen, insbesondere in der hier fokussierten Resonanzgruppe verflachte das Interesse und die Dynamik. Alle Resonanzgruppen bestehen nur fort, wenn die Verwaltung diese zumindest begleitet, wenn nicht sogar die weiteren Treffen initiiert. Nachfolgend die Ergebnisse im Einzelnen:

Indikatoren für den Erfolg des Instrumentes BürgerInnenrat	Geislingen Ortstermin: 23.07.2013	Weissach Ortstermin: 08.07.2013	Wolfschlugen Ortstermin: 24.09.2013
<p>Gründe für die Durchführung eines BürgerInnenrates</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neue Engagierte finden; - Neue Ideen generieren; - Impulse für aktuelle oder erwartete Probleme; - Neues Beteiligungs-instrument einführen; - Neue Kultur des Miteinanders. 	<p>Ziel war es, neue Ehrenamtliche zu gewinnen. Grundlage war ein bereits aktives Gemeinwesen mit vielerlei Aktivitäten im Bereich des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements.</p> <p>Das Auswahlverfahren bot den Zugang zu unterschiedlichen und zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern.</p> <p>In Geislingen wurden bislang drei BürgerInnenräte durchgeführt</p> <p><u>BürgerInnenrat 2011:</u> Thema „Integration“. Es gab Schwierigkeiten, TeilnehmerInnen zu gewinnen und es kam zur Nachnominierung.</p> <p><u>BürgerInnenrat 2012:</u> Thema „Bürgerbeteiligung“. Wiederum kam es zunächst zu Schwierigkeiten, TeilnehmerInnen zu gewinnen. Aber dann gab es eine „Euphorieexplosion und alle waren begeistert“.</p> <p><u>BürgerInnenrat 2013:</u> Thema „Was brauchen Sie, damit Sie sich weiterhin in Geislingen wohl fühlen? Was braucht Geislingen, damit Menschen hierher ziehen?“. Einladung erfolgte mit 300 Anschreiben statt wie bisher 150 und damit gab es keine Probleme bei der Teilnehmergegenerierung.</p>	<p>Ziel war die Neuorientierung hinsichtlich von Strukturen und Organisation hinsichtlich des Aufgabenfeldes „Bürgerengagement“ in der Gemeinde. Willkommener Impuls bot das Instrument BürgerInnenräte. Weissach hatte bereits Erfahrung mit Zukunftswerkstätten und Workshops, die im Rahmen des lokalen Agenda-Prozesses von 1997 bis 2008 angelegt waren. Die daraus gewonnen Ergebnisse waren aber zu breit gefächert und nicht konsensfähig. Vom Gemeinderat wurden sie als Einmischung betrachtet. Mit neuen Verfahren sollte mehr Akzeptanz hergestellt werden.</p> <p>Das Thema für den BürgerInnenrat wurde absichtlich offen gehalten: „Bürgerbeteiligung in Zukunft“.</p> <p>Die Einladungen, die nach dem Prinzip der Zufallsauswahl verschickt wurden, stießen auf eine große Resonanz. Rund 100 Einwohnerinnen und Einwohner wollten sich beteiligen und durch ein Losverfahren auf 20 Personen reduziert. Die Gruppe setzte sich aus „neuen Gesichtern“ zusammen, die überwiegend noch nicht im Bürgerschaftlichen Engagement aktiv waren. Die Veranstaltung tat, nach Aussage des Bürgermeisters der gegenseitigen Kommunikation zwischen Gemeinde-BürgerInnen und BürgerInnen-Gemeinde gut und es kam zu zahlreichen</p>	<p>Ziel des BürgerInnenrates war es herauszufinden, welche Themen der Bürgerschaft wichtig sind und wie die Umsetzung gestaltet werden kann. Folgerichtig stand dann der BürgerInnenrat unter dem Thema „Wo steht Wolfschlugen im Jahr 2013?“.</p> <p>Im Zusammenhang der Beobachtung des ersten Treffens der Resonanzgruppe spielten die Gründe für die Durchführung keine weitere Rolle.</p>

Gründe für die Durchführung eines Bürgerinnenrates (Fortsetzung)	<p>Aufgrund der Moderationsmethode ist die Erarbeitung von Ergebnissen und Ideen kein Problem. Die TN zeigen sich begeistert. Allerdings verlieren sich die Motivation und die Dynamik im weiteren Prozess.</p>	<p>Einzelvorschlägen und Verbesserungsvorschlägen. Das Projekt Social Media und ein Newsletter wurden bearbeitet und zur Umsetzung gebracht.</p>	
Durchführung <ul style="list-style-type: none"> - Von wem ging der Impuls aus? - War der Gemeinderat einbezogen? 	<p>Der Impuls dafür ging vom Oberbürgermeister und der Geschäftsstelle „Bürgerschaftliches Engagement“ aus. Der Gemeinderat wurde vor jeder Planung eines BürgerInnenrates durch einen eigens dazu gefassten Beschluss einbezogen.</p>	<p>Der Prozess wurde vom Bürgermeister angestoßen und von der Verwaltung engagiert umgesetzt.</p>	<p>Der Impuls für den BürgerInnenrat ging vom Oberbürgermeister und der Verwaltung aus. Der Gemeinderat wurde darüber vorab informiert und stimmte dem Vorhaben zu.</p>
Implementation einer Resonanzgruppe <ul style="list-style-type: none"> - Gibt es eine Resonanzgruppe? - Diskussion der Ideen? - Wie sind die Umsetzungs-Strategien? - Ist GR beteiligt? 	<p><u>Bürgerinnenrat 2012:</u> Aus diesem Bürgerinnenrat besteht noch ein dreiköpfiges Resonanzteam von ehemaligen Teilnehmern, das sich aber nur auf Initiative der Verwaltung trifft und nicht aus Eigeninitiative. Koordinatorin aus der Verwaltung muss die Sitzungen vor- und nachbereiten und ihr obliegt es, die ehemals erstellte Themenliste zu bearbeiten bzw. abzuarbeiten. Unterstützung aus der Resonanzgruppe fehlt.</p> <p>Die Ergebnisse des B'rates wurden zunächst im Bürgercafé vorgestellt. Es kamen 30 TeilnehmerInnen aber kaum welche, die nicht aus dem Umfeld der bekannten Engagierten stammten. Zusätzlich gab es eine Präsentation im Verwaltungsausschuss und beim Neujahrsempfang.</p> <p>Ernüchterung trat ein, weil der „Funke“ beim Gemeinderat nicht übersprang und wenig Anerkennung vermittelt wurde.</p>	<p>Einmalig wurde in Weissach eine Resonanzgruppe gebildet und zwar für die Vorbereitung des Bürgercafés und für die Präsentation der Ergebnisse im Gemeinderat.</p> <p>Die Idee, dass das Resonanzteam den Kontakt zur politischen Ebene des Gemeinderates herstellt, wurde von Teilen des Gemeinderates als überflüssig und als Angriff auf demokratisch legitimierte Gremienarbeit verstanden. Durch diese konfliktäre Situation wurde vielmehr deutlich, dass dem Gemeinderat diese Scharnierfunktion zukommt. Seine Rolle in diesem Prozess sollte vielmehr sein, Impulse und Ergebnisse aus dem BürgerInnenrat zur Diskussion aufzunehmen, zu legitimieren und mit Ressourcen auszustatten. Dies wurde von Teilen des Gemeinderates so nicht verstanden, sondern das Gremium interpretierte eine Bedrängung und wehrte ab, nach dem Motto: „wir brauchen keinen Schattengemeinderat“.</p>	<p>Das erste Treffen der Resonanzgruppe diente dazu, die Präsentation der Ergebnisse im Gemeinderat vorzubereiten und außerdem die Themenliste, die im BürgerInnenrat erarbeitet wurde, zu priorisieren.</p> <p>Die Teilnehmerschaft hatte sich nicht erweitert. Auch im bereits durchgeführten Bürgercafé konnten keine neuen TN dazu gewonnen werden, was Enttäuschung hervorrief.</p> <p>Es liegen konkrete Themen zur Bearbeitung vor (z. B. das hohe Verkehrsaufkommen im Ort, ein gemeinsames Dorffest, Bedingungen der Müll-Ablieferung im örtlichen Wertstoffhof, Grabvarianten auf dem Waldfriedhof und der ÖPNV). Die BürgerInnenräte sehen Handlungsbedarf und diskutieren Lösungen und geeignete Strategien. Darüber hinaus wird die Bedeutung des Bürgerinnenrates im Verhältnis zum Gemeinderat diskutiert. Grund dafür gab das Verhalten der</p>

<p>Implementation einer Resonanzgruppe (Fortsetzung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gibt es eine Resonanzgruppe? - Diskussion der Ideen? - Wie sind die Umsetzungs-Strategien? - Ist GR beteiligt? 	<p><u>Bürgerinnenrat 2013:</u> Dieses Mal wurden die Mitglieder des Gemeinderats ausdrücklich zur Gründung der Resonanzgruppe eingeladen, um den Eindruck der Konkurrenz zu vermeiden.</p> <p>Bereits im Bürgercafé wurden deshalb auch konkrete Fragen an Mitglieder des Gemeinderats gestellt: Welche Vorschläge möchten Sie umgesetzt haben und wer arbeitet mit? Drei Gemeinderäte und vier weitere TeilnehmerInnen arbeiten nun an einem Marketingkonzept für die Stadt mit dem Thema: „Ich bin dabei“. Außerdem wird ein Heimat-Lied über Geislingen von verschiedenen Gruppen neu interpretiert.</p>	<p>Bei der Präsentation der Ergebnisse durch die Resonanzgruppe kam es zu abwertenden Kommentaren („Humbug“) des Gemeinderates.</p>	<p>anwesenden Gemeinderäte beim öffentlichen Bürgerinnencafé. Bei dieser Veranstaltung erfuhren die TN eher Ablehnung und Missbilligung ihrer Ergebnisse und ihres Engagements durch die Mitglieder des Gemeinderats. Ein weiteres Treffen der Gruppe wurde vereinbart.</p>
<p>Ergebnisse / Resümee</p>	<p>Insbesondere an die Resonanzgruppe, die im Zuge des zweiten Bürgerinnenrates im Jahr 2012 eingerichtet wurde, richteten sich hohe Erwartungen von Seiten der kommunalen Fachkraft und der TeilnehmerInnen des Bürgerinnenrates selbst, ohne dass es zu einer eigenständigen und selbstorganisierten Gruppe kam. Nur durch die Begleitung der BE- Fachkraft, die zu den Treffen auch einlud, kam es überhaupt zu den Treffen. Die Gruppe setzte weder die Vorschläge aus dem Bürgerinnenrat eigenständig um, noch war es eindeutig möglich, beim Gemeinderat dieses Gremium als Arbeitsgruppe und nicht als „Konkurrenz“ einzuführen. Außerdem fehlte die Begleitung durch die lokalen Medien, die sich für diese Arbeitsgruppe nicht interessieren ließen. Die Treffen, die</p>	<p>Durch den Prozess des BürgerInnenrates konnten neue Gemeinderatskandidatinnen gewonnen werden.</p> <p>Das Resonanzteam erlebte die mangelnde Akzeptanz durch den Gemeinderat und fühlte sich in einigen Punkten nicht ernst genommen. Dessen ungeachtet kommt es zu einem Gemeinderatsbeschluss mit weitreichender Konsequenz: Das Gremium fasste den Grundsatzbeschluss, dass die Ideen weiterverfolgt werden sollen und Einzelpunkte entscheidungsreif vorgelegt werden können.</p> <p>Zentrales Ergebnis ist die Erkenntnis, wie wichtig das „miteinander schwätzen“ ist. Dafür wird jedoch der BürgerInnenrat nicht als Dauereinrichtung benötigt. Er soll allenfalls themenbezogen und immer unter</p>	<p>Der aktive Bürgermeister und die Verwaltung wollen die Ergebnisse umgesetzt und gelöst sehen und legten beim ersten Treffen der Resonanzgruppe ihrerseits Vorschläge für konkrete Lösungen vor. Allerdings blieb der Ball ganz im Feld der Verwaltung liegen und kaum ein TN der Resonanzgruppe erklärte seine weitere aktive Mitarbeit. Die TN agierten als Impulsgeber oder formulierten Wünsche an die Verwaltung. Die Resonanzgruppe sieht sich bei Projektvorschlägen nicht automatisch in der Bearbeitungspflicht. Auf der anderen Seite kam die hohe Wertschätzung der Verwaltungsspitze gegenüber den TN der Resonanzgruppe zum Ausdruck.</p>

Ergebnisse / Resümee (Fortsetzung)	dennoch zustande kamen, formulierten schließlich Wünsche an die Verwaltung und die daraus resultierenden Arbeitsaufträge blieben in der Verantwortung der Verwaltung und wurden nicht durch die Resonanzgruppe getragen. Konkrete Projekte wurden nicht entwickelt. Als Arbeitsergebnis aus dem Prozess war u.a. ein Hinweis auf der Homepage der Stadt installiert worden. Er dient zur direkten Kontaktaufnahme aller BürgerInnen mit der Verwaltung.	Beteiligung von neuen Beteiligten aus der Gemeinden eingesetzt werden.	
Ausblick – Empfehlungen	Die beiden Interview-Partnerinnen weisen eindringlich darauf hin, dass die Verwaltung nach einem Bürgerinnenrat stark gefordert bleibt, um die Ergebnisse an die Öffentlichkeit, in die Verwaltung, zum Gemeinderat hin zu tragen und für Gehör und Umsetzung zu sorgen. Die Konstruktion der Resonanzgruppe ist also kein Selbstläufer, eher eine weitere Anforderung, die Mühe macht und nicht für mehr Akzeptanz beim Instrument Bürgerinnenrat sorgt.	Dem BE-Verantwortlichen gelang es „nicht nur mit den bereits bekannten Engagierten“ zu arbeiten, sondern mit bislang nicht involvierten BürgerInnen neue Ideen zu entwickeln.	BM sieht die Arbeit mit der Resonanzgruppe als „Padernoster“: der Einstieg in den Prozess ist jederzeit möglich, ebenso wie der Ausstieg. Alle sind eingeladen mitzumachen. Durch den Prozess können anliegende aber teilweise aufgrund der politischen Machtverhältnisse ruhende Themen neu oder wieder aufgegriffen werden. Die konkrete Umsetzungsphase für die Ergebnisse steht noch aus, soll aber mit Unterstützung aus dem Resonanzteam erfolgen.
Fazit	Gemeinderat teilt die Bedeutung des Bürgerinnenrats nicht in gleicher Weise wie die Verwaltung, der Bürgermeister bzw. die Beteiligten selbst.	Die Idee der Bürgerbeteiligung wird als „Weissacher BürgerInnendialoge“ weitergeführt. Weitere BürgerInnenräte sollen nur durch konkrete Anliegen ausgelöst werden.	Das Interesse der Bürgerschaft und deren Schwerpunkt-Themen konnten durch den Bürgerinnenrat abgefragt werden und für GR und Verwaltung sichtbar gemacht werden.

5. Gesamtauswertung

Im Folgenden werden die möglichen Erfolgsfaktoren, die zu Beginn der Untersuchung festgelegt wurden, an den empirisch ermittelten Ergebnissen der Evaluation gespiegelt und in die Kategorien „*erfüllte Erwartungen von TeilnehmerInnen und InitiatorInnen*“, „*Umsetzungshindernisse auf dem Weg von der Idee zur Implementierung*“ und „*Neue Herausforderungen für Verwaltung und Verwaltungsspitze*“ geordnet. Für die Auswahl von TeilnehmerInnen an BürgerInnenräten kann konstatiert werden, dass sich überwiegend BürgerInnen im Alter von über 40 Jahren für den BürgerInnenrat interessieren. Knapp die Hälfte der TeilnehmerInnen war vorher noch nicht ehrenamtlich aktiv.

Das Interesse scheint sich auch nach der Größe der Kommune zu unterscheiden. In der kleinen Kommune Weissach war das Interesse an einer Teilnahme am BürgerInnenrat so groß, dass sich auf die erste Anfrage weit mehr als die gewünschten 12 – 15 TeilnehmerInnen fanden und die Teilnahme per Los entschieden werden musste. In größeren Kommunen (hier Geislingen) braucht es offensichtlich mehrere Aussendungen, um genügend Interessierte für die Teilnahme zu gewinnen.

5.1 Erfüllte Erwartungen von TeilnehmerInnen und InitiatorInnen

- In allen Kommunen herrscht Einigkeit darüber, dass das **Antragsverfahren** beim Sozialministerium, um einen BürgerInnenrat durchführen zu können, **unkompliziert** und mit vertretbarem Aufwand verbunden ist. Ebenso wie jederzeit Ansprechpartner im Sozialministerium zur Verfügung stehen.
- Die **Erwartungen der Kommunen erfüllen sich** bis zu einem bestimmten Grad durchaus. Die GesprächspartnerInnen in den Kommunen sehen im BürgerInnenrat ein **geeignetes Instrument, um mit der Bürgerschaft ins Gespräch zu kommen**. Es wird als Signal für ein „*Miteinander*“ und zur Beteiligung betrachtet, um „*das Ohr nahe an der Bürgerschaft zu haben*“. Mit der Hilfe der Moderationsmethode „*Dynamic Facilitation*“ werden neue Ideen für die städtische Zukunft generiert. Außerdem werden **neue freiwillige Engagierte gewonnen**, z. B. in Weissach als KandidatInnen für den neu zu wählenden Gemeinderat oder in Geislingen bei der Mitarbeit für das Stadtmarketingkonzept.
- Die **TeilnehmerInnen sind vom Prozess und der Gruppensituation ausgesprochen** begeistert und zeigen sich danach für die Kommune, die kommunale Politik und deren Aktivitäten sensibilisiert. Sie äußern Erstaunen darüber, was in der eigenen Kommune bereits alles bewegt wird. Der

Beteiligungsprozess in Gestalt des BürgerInnenrates wird als Instrument wahrgenommen, um eine neue Kultur in einer Kommune zu erzeugen: Durch den Schneeballeffekt der durch die Begeisterung der TeilnehmerInnen ausgelöst wird, gelingt eine Ausweitung der positiven Ausstrahlung des BürgerInnenrates. Durch die intensive Zeit im BürgerInnenrat „*geht der Einzelne anders rein, als er rausgeht*“. Die TeilnehmerInnenbefragung zeigt: Es kommt zu einem Perspektivenwechsel der Teilnehmenden, sie lernen Neues und kommunizieren mit anderen MitbürgerInnen zu städtischen Themen. Ein **Gemeinschaftserlebnis mit Ausstrahlungseffekt in die Gemeinde kann** durch das Instrument des BürgerInnenrat **initiiert werden**.

5.2 Umsetzungshindernisse auf dem Weg von der Idee zur Implementierung

- Die **problematische Passage** scheint in den befragten Kommunen nicht die Phase der Ideen-Generierung zu sein, sondern **der Weg von der Idee bis zur Umsetzung**. Eine ausgewiesene Hürde stellen die Reaktionen einiger Gemeinderatsmitglieder in allen Gemeinden dar. Entweder weil der Gemeinderat die neu generierten Ideen des BürgerInnenrates nicht mit den nötigen Ressourcen ausstattet, oder - und dies wird von den TeilnehmerInnen des BürgerInnenrates kritisch angemerkt - weil er sich durch den BürgerInnenrat und den daraus hervorgehenden Ergebnissen bedrängt und als gewähltes Gremium unterminiert fühlt (Stichwort: *Schattengemeinderat*). Das bedeutet, dass die Ideen aus dem BürgerInnenrat in der Kommune zwar weiter diskutiert werden, und der Bürgerwille in die gewählten Gremien eingespeist wird, hier jedoch auf Widerstände und teilweise auf Ablehnung stößt. Die sprachliche Verwandtschaft zwischen den Begriffen *Gemeinderat* und *BürgerInnenrat* trägt offensichtlich mit dazu bei, dass **Gemeinderäte** die TeilnehmerInnen der **BürgerInnenräte** durchaus **als Konkurrenz wahrnehmen**. Greift der Gemeinderat allerdings durch einen Beschluss die Initiativen auf, was durchaus geschieht, dann trägt dies zur Anerkennung der Beteiligten bei.
- Da die **TeilnehmerInnen** eines BürgerInnenrates als „ExpertInnen in eigener Sache“ um Mitwirkung im BürgerInnenrat gebeten werden und **als IdeengeberInnen** für die Kommune angesprochen werden, fühlen sie sich im nachfolgenden Prozess der Diskussion in Bürgercafé und Resonanzgruppe eher als freiwillige (Politik-)Beratende und **weniger als zukünftig bürgerschaftlich Engagierte**, die helfen wollen oder sollen, die entwickelten Ideen praktisch umzusetzen. Letzteres ist zwar eine implizite Erwartung, die von den Verantwortlichen aus kommunaler Politik und Verwaltung bei der Initiierung eines BürgerInnenrates mitschwingt und so auch als Grund für die Beantragung des Instrumentes geäußert wird; diese Erwartung wird aber an keiner Stelle an die TeilnehmerInnen des

BürgerInnenrates transportiert, so dass der Ball der „praktischen Umsetzung“ von Ideen häufig wieder an die Verwaltung zurückgespielt wird. Die Mitgestaltung von politischen Prozessen in der Kommune (z. B. als Ideengeber oder in einer befragten Kommune auch als potenzielle zukünftige Gemeinderäte) kann jedoch durchaus initiiert werden. Das Instrument ist allerdings nicht als Selbstläufer geeignet, um neue Engagierte zu gewinnen. Genauso wenig wie davon ausgegangen werden kann, dass die TeilnehmerInnen des BürgerInnenrates Ideen in Eigenregie umsetzen.

- **Ungeklärt ist die „Rechenschaftspflicht“** gegenüber den BürgerInnen und deren Ideen aus dem BürgerInnenrat. Über die Frage ob und welche Ideen implementiert wurden, besteht bei den befragten BürgerInnen in der Nachbefragung (ein Jahr nach dem durchgeführten BürgerInnenrat) ein heterogenes Bild. Nicht allen BürgerInnen ist zurückgespiegelt worden, was aus den entwickelten Ideen geworden ist. Das ist insbesondere dann ein neuralgischer Punkt, wenn die Resonanzgruppe nicht aktiv weiterbesteht.

5.3 Neue Herausforderungen für die Kommunalverwaltung

- Die **Verwaltungen sehen den BürgerInnenrat als dynamisches Instrument**, insbesondere dann, wenn die Verwaltungsspitze die Initiative dafür übernommen hat. Die Verwaltungen bleiben in den befragten Kommunen zentrale Instanzen, um die Themen aus dem BürgerInnenrat weiterzuverfolgen. Kommt von hier keine Unterstützung, verhalten die Ideen ohne nennenswerte Resonanz. Problematisch und zunehmend arbeitsintensiv wird es für die VerwaltungsmitarbeiterInnen vor allem dann, wenn sich die Aktiven des BürgerInnenrates nicht an der Umsetzung der Ideen und Projekte beteiligen. Dies stellt sich in allen befragten Gemeinden als Problem dar.
- Bei einer **regelmäßigen Wiederholung** eines BürgerInnenrates in einer Kommune führt dies zu parallel laufenden Resonanzgruppen, die dann arbeitsintensiv koordiniert und begleitet werden müssen. Dies bleibt hauptsächlich die Aufgabe der Freiwilligenkoordination bzw. der Verwaltung und führt nicht zwangsläufig zu einer bunten Engagement-Landschaft.
- Viele Ergebnisse der BürgerInnenräte haben nicht direkt mit bürgerschaftlichem Engagement zu tun, sondern stellen eher ein **breites Spektrum von vielerlei Themen und Wünschen** zu unterschiedlichen Verwaltungsbereichen der Kommune dar (z. B. Parkplatzbewirtschaftung in

der Innenstadt; Friedhofsordnung; Müllentsorgung, Koordination von Stadtfesten, Internetpräsenz). Teilweise werden auch Wünsche (z. B. Ausbau von Bundesstraßen, Unterrichtszeiten an Schulen) geäußert, die außerhalb der kommunalen Zuständigkeit liegen. Damit verlassen Themenvorschläge zum Teil den Zuständigkeitsbereich der Freiwilligenkoordination einer Gemeinde. Das bedeutet, dass das Thema Bürgerengagement keine Fachabteilungs-Thematik mehr ist, sondern das „ganze Haus“, also alle Bereiche der Verwaltung betreffen kann und dort auch eine entsprechende Offenheit für Bürgeranliegen erzeugt werden muss sowie zunehmend **Vernetzung** innerhalb und außerhalb der Verwaltung **erforderlich** wird.

6. Fazit

Die Gesamtauswertung der Befragung der TeilnehmerInnen und der Resonanzteams ergibt, dass das Instrument des BürgerInnenrates als erfolgreiches Instrument gelten kann. Es impliziert kommunalpolitische Mitwirkung im Gemeinwesen, insbesondere von bislang nicht aktiven BürgerInnen. Mit dem BürgerInnenrat werden bei den TeilnehmerInnen Lerneffekte, Perspektivenwechsel und die Kommunikation in einer Kommune forciert, was von den BürgerInnen als ausgesprochen positiv wahrgenommen wird. Die Umsetzung der generierten Ideen ist jedoch voraussetzungsvoll. Sie erfordert sowohl eine Sensibilisierung des Gemeinderates als auch der Verwaltung im Hinblick auf Akzeptanz, Rückmeldung, Kooperation und Ressourcenausstattung. Diese Feststellung ist deshalb von Bedeutung, weil die beteiligten und beratenden BürgerInnen sich in der Regel nicht zu dauerhaft bürgerschaftlich Engagierten entwickeln, um die praktische Umsetzung der erarbeiteten Ideen unmittelbar selbst in Angriff zu nehmen, sondern deren Mitwirkung kann mit der Teilnahme an einem BürgerInnenrat abgeschlossen sein. Dessen ungeachtet geht von der Durchführung eines BürgerInnenrates eine große Attraktivität insbesondere für die Bürgerschaft und die Verwaltung aus. Sie entfaltet in den Kommunen eine Strahlkraft, wenngleich diese nicht in der Quantität von angestoßenen Projekten zu messen ist, als vielmehr in der Qualität des Prozesses begründet liegt.

7. Literatur

Förderkonzept BürgerInnenrat in Baden-Württemberg (2012) Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg.

Nolte, Paul (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. In: APUZ: Postdemokratie? Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“.Nr. 1-2. S. 5-12.

Regierungserklärung Ministerpräsident Kretschmann vom 25. Mai 2011:
http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdaten/202/110525_Regierungserklaerung_MP_Kretschmann_Protokollfassung.pdf; download am 27.10.13.

Roß, Paul-Stefan (2012): Demokratie weiter denken. Reflexionen zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Bürgerkommune. Baden-Baden.

<http://www.ehrenamt-bw.de/servlet/PB/menu/1274442/index.html?ROOT=1176394>; download am 19.4.13.

8. Anlagen

Anlage 1: Befragung TeilnehmerInnen am BürgerInnenrat

1. Sie waren zu einem BürgerInnenrat eingeladen. Aus welchem Grund haben Sie sich daran beteiligt?

2. Mit welchen Erwartungen haben Sie sich am BürgerInnenrat beteiligt?

3. Wurden Ihre Erwartungen erfüllt?

4. Was ist Ihnen in Verbindung mit dem BürgerInnenrat positiv in Erinnerung geblieben?

5. Was ist Ihnen in Verbindung mit dem BürgerInnenrat negativ in Erinnerung geblieben?

6. Würden Sie sich erneut an einem BürgerInnenrat in Ihrer Stadt beteiligen? Warum?

7. Waren Sie bereits vor der Teilnahme am BürgerInnenrat ehrenamtlich aktiv? Bitte ankreuzen

Nein

Ja

7.1 Wenn Ja, in welcher Form und mit welchem wöchentlichen Zeitaufwand?

8. Wurde Ihre Arbeit und der Aufwand, der Sie mit der Beteiligung am BürgerInnenrat genügend anerkannt und wertgeschätzt?

Ja

Nein

Was hat Ihnen gefehlt, welche andere Form der Anerkennung hätten Sie sich gewünscht? _____

9. Hat die Teilnahme am BürgerInnenrat bei Ihnen weitere ehrenamtliche Aktivitäten ausgelöst? Bitte ankreuzen

Nein

Ja

9.1 Wenn Ja, in welcher Form und mit welchem wöchentlichen Zeitaufwand?

10. Kennen Sie Ihre Kommune jetzt besser? Haben Sie etwas Neues dazugelernt?

11. Haben Sie den Eindruck, dass die von Ihnen erarbeiteten Vorschläge in der Kommune umgesetzt wurden?

Nein

Ja

Anlage 2: Befragung Resonanzteam

Leitfaden für die Befragung der Resonanzteams bzw. kommunale Initiatoren/Ansprechpartnerinnen

I. Gründe für die Durchführung BürgerInnenrat

1. Warum hat sich die Kommune um die Förderung des Bürgerrats beworben?

a. *Bereits positive Erfahrungen?*

- i. Mit welchem BE-Instrument?

b. *Impuls gesucht?*

- i. da BE bislang noch nicht ausgebaut ist?
- ii. neues Personal mit Interesse oder Erfahrung BE?
- iii. Politische Gründe – Politik der Beteiligung erwünscht?

c. *Wichtige kommunale Themen liegen an?*

- i. BürgerInnen sollen wegen Dringlichkeit von Themen einbezogen werden?
- ii. Ein kommunales Thema ist verfahren – neue Lösungsmöglichkeiten gesucht?
- iii. Grundsätzlich BE und Bürgerbeteiligung stärken?

2. Wer war der oder die Treiberin (Bürgermeister, Verwaltung, Freiwilligenkoordination, BürgerInnen, Gemeinderat?)

- a. Aus welchem Grund?
- b. Wie ist die Vernetzung des Treibers innerhalb der Kommune?
- c. Wurde die Idee des BürgerInnenrates leicht oder gegen Widerstand durchgesetzt?

3. Welche Themen waren von Interesse?

- a. Welche Themen wurden ausgesucht und warum?

II. Beantragung und Durchführung des Instrumentes BürgerInnenräte

1. Wie ging die Beantragung von statten?

- a. Einfachheit und Klarheit bei der Beantragung?
- b. Beratung/Argumentationshilfe durch Ministerium?
- c. Beantragung kam ins Stocken – Gründe?
- d. Spielte die Zusage der Finanzierung durch das Sozialministerium eine wesentliche Rolle für die Durchführung der Veranstaltungen?
- e. Wäre der BürgerInnenrat auch ohne diese Finanzierungsquelle durchgeführt worden?

2. Wie ging die Durchführung der Moderation von statten?

- a. Ausgebildete/r ModeratorIn war einfach zu finden?
- b. Durchführung des Workshops? Wer war dafür verantwortlich?
- c. Öffentliche Präsentation (z. B. Bürgercafé)

III. Implementierung

1. Wie wichtig ist die Präsentation der Ergebnisse im **Bürgercafé**?

2. Wurde nach der öffentlichen Präsentation ein **Resonanzteam** gegründet?

3. Aus welchen Teilnehmer/innen besteht das Resonanzteam?

4. Wie oft erfolgten Sitzungen des Resonanzteams? Protokolle vorhanden? Ist das Team immer noch aktiv?

5. Wie wichtig ist Ihrer Meinung das Resonanzteam für die Umsetzung der Ergebnisse? Ist das Team immer noch aktiv?
6. Kann der BürgerInnenrat auch ohne Cafe und Resonanzgruppe seine Wirkung entfalten?
7. Konnten **Themen** des BürgerInnenrates aufgegriffen und umgesetzt werden?
 - a. Wenn nicht, aus welchem Grund – zu allgemein formuliert/nicht umsetzbar?
 - b. Wenn ja, welche – in welcher Form umgesetzt?/Herausforderungen bei der Umsetzung?
8. Rückmeldung der Umsetzungserfolge an Teilnehmer/innen möglich bzw. erfolgt?
9. Einschätzung des Instrumentes BürgerInnenräte durch das Resonanzteam – **Verbesserungsbedarf**? Bisherige Erfolge des Instruments? Zukünftige Herausforderungen?
10. War die öffentliche Anerkennung und **Wertschätzung** der Arbeit der BürgerInnenräte angemessen? Fehlte diese Komponente?
11. Macht die Mitarbeit im BürgerInnenrat Lust auf weitere BE-Aktivitäten, auch ohne diese Gruppe?
12. Habe ich meine **Kommune** dadurch **besser kennengelernt** und verstehe ich nun kommunale Zusammenhänge besser?